



PROTOKOLLAUSZUG

zum

AUSSCHUSS FÜR WIRTSCHAFT, KULTUR UND VERWALTUNG

am Dienstag, 28.09.2010

ÖFFENTLICH

TOP 1

Eckdaten zur Haushaltsplanung 2011

Vorl.Nr. 246/10

---

**Beratungsverlauf:**

Herr **Kistler** (FB Finanzen) erinnert an die bereits erfolgte Präsentation in der Haushaltsstruktur-Kommission und informiert mit Verweis auf die Vorl. Nr. 246/10 über die Eckdaten für die Haushaltsplanung 2011. Zunächst gibt er einen Rückblick auf das Jahr 2010 und weist sodann auf die für 2011 anstehenden Herausforderungen hin. Wenigereinnahmen bei den Schlüsselzuweisungen und die Erhöhung der Kreisumlage seien bei gleichzeitigen intensiven Anstrengungen im Bereich Bildung und Betreuung nur einige der zu berücksichtigenden Aspekte. Im Ergebnis zeichne sich heute ein strukturelles Defizit von rund 20 Mio. € ab, das aus der Allgemeinen Rücklage ausgeglichen werden müsse. Bei einer entsprechenden Entnahme reduziere sich diese Rücklage auf rund 10 Mio. €, so dass dann neben der Mindestrücklage nur noch 4 bis 5 Mio. € für Investitionen zur Verfügung ständen. Ziel sei es daher, das zu erwartende Defizit mindestens um rund 5 Mio. € zu senken und die Haushaltskonsolidierung weiter zu intensivieren.

Stadtrat Dr. **Schwytz** sieht unter anderem dadurch Anlass zur Hoffnung, dass die Erhöhung der Kreisumlage nicht unumstritten sei. Er signalisiert für die CDU-Fraktion Bereitschaft, den Konsolidierungskurs weiter engagiert mitzugehen. Tendenziell sei seine Fraktion eher bereit, zinsgünstige Kredite aufzunehmen anstatt "Tafelsilber zu verscherbeln".

Stadtrat Dr. **Bohn** spricht sich dafür aus, sämtliche möglichen Varianten zur Verbesserung der Haushaltsslage zu prüfen. Das Sparvolumen habe aus seiner Sicht fast schon die Grenze des Zumutbaren erreicht, so dass auch unpopuläre Maßnahmen wie eine Anhebung der Hebesätze, sonstige Einnahmeerhöhungen oder das zeitliche Strecken verschiedener Maßnahmen vorbehaltlos diskutiert werden müssten. Zudem müsse genau zwischen Pflichtaufgaben und Wunschprojekten differenziert werden.

Auch Stadtrat **Weiss** erklärt die Zustimmung zu den Einsparungsbemühungen, betont aber, dass die Erfüllung von Pflichtaufgaben hierunter nicht leiden dürfe. Die FW-Fraktion sehe schon heute Diskussionsbedarf hinsichtlich der Finanzierungsanteile im Bildungsbereich, der Zuführung des LB-Fonds an die Rücklage und der von der globalen Minderausgabe betroffenen Finanzpositionen. Gleichzeitig sei seine Fraktion auch offen dafür, über rentierliche Kreditaufnahmen nachzudenken.

Stadtrat Dr. **Vierling** sieht es als zwingend, die Planung für das Jahr 2011 in eine mittelfristige Strategie einzubetten. Er schläge vor, Investitionen mit Ausnahme des Bildungs- und Betreuungsbereiches sowie des Klimaschutzes zu strecken oder zu streichen und gegebenenfalls im zweiten Schritt betriebswirtschaftlich vernünftige Kredite aufzunehmen. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen könne auch eine maßvolle Erhöhung der Gebühren mittragen. Wo Liegenschaften veräußert würden, sollten die Gewinne beispielsweise in Grünflächen reinvestiert werden.

Für die FDP-Fraktion spricht Stadtrat **Müller**. Auch seine Fraktion wolle die Konsolidierungsanstrengungen mittragen und dabei in einem ersten Schritt die Kürzung von Ausgaben angehen. Insbesondere sämtliche freiwilligen Leistungen müssten auf den Prüfstand gestellt werden. Insgesamt dürften aber weder im Ausgaben- noch im Einnahmenbereich Positionen tabu sein.

Hingegen sieht Stadtrat **Hillenbrand** in den Bereichen Schulen, Bildung, Betreuung und Vereine die Grenzen der Einsparmöglichkeiten bereits erreicht. Er neigt dazu, Investitionen außerhalb dieser Bereiche so weit wie möglich zu kürzen oder zu streichen. Parallel müsse auch die Gewerbesteuer maßvoll erhöht werden, da auch die Gewerbetreibenden zu den Konsolidierungsanstrengungen beitragen müssten. Kreditaufnahmen unterstütze er nur, wo diese auf Grund des niedrigen Zinsniveaus eine sinnvolle Investition in die Zukunft darstellten.

Nach Abschluss der Aussprache fasst Herr **Kiedaisch** (FB Finanzen) das Ergebnis dahingehend zusammen, dass das Gremium die Bemühungen zur fortgesetzten Haushaltskonsolidierung unterstütze. Einzelne Schritte hierzu würden im Rahmen der Haushaltsberatungen diskutiert. Er sagt zu, dem Gremium zur Vorbereitung auf die anstehende Gemeinderatsklausur zum Haushalt weitere Unterlagen zukommen zu lassen.

TOP 2

**Wohnpark Hartenecker Höhe - Förderprogramm  
"Energie sparendes Bauen"  
(Klimazuschuss)**

Vorl.Nr. 320/10

---

#### Abweichender Beschluss:

1. Das vom Gemeinderat beschlossene Förderprogramm „Energie sparendes Bauen“ (Klimazuschuss) läuft zum 31.12.2010 aus. Die in der Sonderrechnung für eine Verlängerung des Förderprogramms eingestellten Gelder in Höhe von rund 280.000 € werden dafür verwendet, die nachfolgend in der Begründung dargestellten Beleuchtungsmittel für die Umrüstung der Straßenbeleuchtung anzuschaffen. Das Förderziel des Förderprogramms wird für Neuanträge von KfW 40 (ENEV 2007) auf Effizienzhausstandard 55 (ENEV 2009) geändert.
2. Der für die Beratung der Bauherren und die inhaltliche Bewertung der eingehenden Anträge durch die Ludwigsburger Energieagentur (LEA) bereitgestellte Betrag von 20.000 € wird auf 27.000 € aufgestockt.

#### Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der abweichende Beschluss zu Ziffer 1 wird mit 16 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen angenommen.

Der Beschluss zu Ziffer 2 wird mit 16 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen angenommen.

Ja 16 Nein 0 Enthaltung 0

### Beratungsverlauf:

Herr **Fazekas** (Referat Nachhaltige Stadtentwicklung) erinnert an die Ziele des Förderprogramms „Energie sparendes Bauen“ und berichtet über dessen bisherigen Ablauf. Insbesondere geht er hierbei auf die Änderungen der rechtlichen Rahmenbedingungen und deren Auswirkungen auf Einsparziele und Berechnungsmodalitäten ein. Mit Verweis auf die Vorl. Nr. 320/10 stellt er dar, dass die für eine Verlängerung des Förderzeitraums eingeplanten Mittel aus energetischer Sicht sinnvoller in Energieeinsparungen im Straßenbeleuchtungsbereich investiert werden sollten. Daher schlage die Verwaltung vor, das Förderprogramm zum 31.12.2010 auslaufen zu lassen. Er bietet an, auf Wunsch des Gremiums im Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt über die einzelnen Umrüstungsmaßnahmen bei der Straßenbeleuchtung zu informieren.

Das Gremium stimmt diesem Vorgehensvorschlag einmütig zu. Es sei sinnvoll, sich flexibel den veränderten Rahmenbedingungen anzupassen und die Mittel dort zu investieren, wo diese aus energetischer Sicht am wirkungsvollsten seien. Das Gremium spricht sich weiter dafür aus, den Austausch einzelner Leuchten nochmals im BTU zu thematisieren.

Stadträtin **Schneller** stellt für die FW-Fraktion den Antrag, die Ziffer 1 des Beschlussvorschlages dahingehend zu ergänzen, dass das Förderziel des Förderprogramms für Neuanträge von KfW 40 (ENEV 2007) auf Effizienzhausstandard 55 (ENEV 2009) geändert werde. Diese Änderung solle vom 01.10.2010 bis zum Auslaufen des Programms zum 31.12.2010 gelten.

Herr **Fazekas** bestätigt, dass dies zu einer Vereinfachung der Berechnung beitrage und den Bauherren sowie der LEA entgegenkomme, auch wenn dies in den verbleibenden drei Monaten nur noch wenige Fälle betreffe.

Stadtrat Dr. **Vierling** beantragt für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, durch einen abweichenden Beschluss explizit klarzustellen, dass der in Ziffer 2 des Beschlussvorschlags zur Aufstockung für die LEA vorgesehene Betrag von 7 000 € aus den in Ziffer 1 genannten Geldern finanziert werde.

Nach Abschluss der Aussprache stellt OBM **Spec** zunächst die Ziffer 1 des Beschlussvorschlages entsprechend der von Stadträtin Schneller beantragten Abweichung zur Abstimmung.

Die geänderte Ziffer 1 wird mit 16 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen beschlossen.

Sodann lässt er über den Antrag von Stadtrat Dr. Vierling abstimmen.

Dieser wird mit 6 Ja-Stimmen, 9 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung abgelehnt.

Abschließend lässt OBM **Spec** über die Ziffer 2 des Beschlussvorschlages der Verwaltung Beschluss fassen.

---

**Beschluss:**

Die Stelle der Leitung der Kunstschule Labyrinth/Kunstzentrum Karlskaserne beim Fachbereich Kunst und Kultur wird zur Wiederbesetzung zum 01.05.2011 bis Entgeltgruppe 13 TVöD freigegeben.

**Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 12 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Ja 12 Nein 0 Enthaltung 4

**Beratungsverlauf:**

Herr **Nitzsche** (FB Organisation und Personal) erläutert, dass die Stelle organisatorisch dem Ludwigsburger Stellenplan zugeordnet sei, die Kosten im Sinne der interkommunalen Zusammenarbeit jedoch nach dem Verhältnis der Schülerzahlen aus den jeweiligen Gemeinden zwischen Ludwigsburg, Bietigheim-Bissingen und Kornwestheim geteilt würden. Er macht auf den der Vorl. Nr. 395/10 beigefügten Zeitplan für die Wiederbesetzung aufmerksam und kündigt an, dass die Stelle in den Printmedien nur in reduziertem Umfang ausgeschrieben werde, jedoch auf ausführliche Informationen auf der städtischen Homepage verwiesen werde.

Auf Nachfragen der Stadträte Dr. **Vierling** und **Heer**, welche Bezug auf die Anstrengungen zur Haushaltskonsolidierung nehmen und sich nach einer möglichen Wiederbesetzungssperre erkundigen, erinnern Herr **Nitzsche** und Frau **Richert** (FB Kunst und Kultur) an negative Erfahrungen mit diesem Instrument. Sie sprechen sich dafür aus, die Leitungsstelle auf Grund der ohnehin dünnen Personaldecke und ihrer Bedeutung für die Organisation des gesamten Kunstzentrums ohne Sperre wiederzubesetzen.

Nachdem von Seiten des Gremiums kein Antrag auf eine Wiederbesetzungssperre gestellt wird, ruft OBM **Spec** die Vorl. Nr. 395/10 zur Abstimmung auf.

**Beschluss:**

Die Stadt Ludwigsburg stellt bei der Kampagne „Fairtrade-Towns“ den Antrag, als Fairtrade-Stadt anerkannt zu werden.

**Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 16 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Ja 16 Nein 0 Enthaltung 0

**Beratungsverlauf:**

Herr **Henning** (FB Bürgerschaftliches Engagement) verspricht sich von einer Anerkennung als Fairtrade-Stadt einen positiven Impuls für die faire Beschaffung und den Absatz fair gehandelter Produkte in Ludwigsburg im Allgemeinen. Die Voraussetzungen, um das Fairtrade-Town-Siegel zu erhalten erfülle Ludwigsburg bereits weitgehend, für eine offizielle Antragstellung sei jedoch ein Beschluss des Gemeinderats erforderlich. Zusätzliche Kosten entstünden für die Stadt nicht.

Das Gremium unterstützt die Antragstellung einmütig und verweist auf die bereits erfolgte Beratung im Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales am 14.07.2010.

Stadträtin **Haberzeth-Grau** erinnert an den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Vorl. Nr. 265/09, der die nachhaltige kommunale Beschaffung zum Thema gehabt habe und auf den die heutige Beratung zurückgehe. Ihrer Fraktion seien der „Eine-Welt-Gedanke“ und die nachhaltige Beschaffung große Anliegen.

Stadtrat **Müller** regt an, auch die Sitzungsverpflegung auf fair gehandelte Produkte umzustellen.

Anschließend stellt OBM **Spec** die Vorl. Nr. 303/10 zur Abstimmung.

**Beratungsverlauf:**

Herr **Hornung** (FB Liegenschaften) informiert über den Verlauf des Ausschreibungsverfahrens und das gemeinsame Angebot der Firma greenfield development GmbH und der Lapp-Gruppe. Die Verwaltung empfehle, dieses Angebot weiterzuverfolgen, da es sich um renommierte Unternehmen mit interessanten Produkten handle, die eine schnelle Realisierung des Bauvorhabens und eine

gute Ergänzung des Wirtschaftsstandortes Ludwigsburg versprechen.

Herr **Lapp** (Lapp-Gruppe) und Herr **Kühn** (greenfield development) stellen das Ansiedlungsvorhaben vor. Sie gehen dabei auf die Geschichte der Lapp-Gruppe, deren aktuelle Tätigkeitsfelder und ihre Planungen für eine künftige Ansiedlung als Dienstleistungszentrum am Standort Ludwigsburg ein. Sie schildern die geplante Schaffung von Arbeitsplätzen, die Ansiedlung von wertschöpfenden Tätigkeiten, die zu erwartenden Lkw-Bewegungen und das beabsichtigte Engagement im Bereich regenerative Energien und E-Mobilität. Weiter informieren sie über die Grundzüge der Neubauplanung, über Erschließungsmöglichkeiten sowie über das in Absprache mit der Stadtverwaltung zu entwickelnde landschaftsgerechte Gestaltungskonzept des Neubaus. Die Präsentation liegt der Niederschrift als Anlage 1 bei.

Auf Nachfragen des Gremiums und der Vertreter des Stadtteilausschusses Pflugfelden gehen sie vertieft ein auf Fragen zur Zahl der entstehenden Arbeits- und Ausbildungsplätze, zu den jeweiligen Anteilen der Fertigung und des Vertriebs am Dienstleistungszentrum, zum Schicht- oder Wochenendbetrieb sowie zur Begrünung und zum Regenwassermanagement.

Die weitere Beratung wird in den nichtöffentlichen Teil der Sitzung vertagt.